

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 34 (2007)
Heft: 3

Artikel: Politik : Streit um die Atomkraft
Autor: Lenzin, René / Ribl, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-911619>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Streit um die Atomkraft

Ums Jahr 2020 droht der Schweiz ein Engpass bei der Stromversorgung. Energiesparen und neue Kernkraftwerke heisst das Rezept des Bundesrats. Doch die Atomkraft spaltet das Land wie eh und je. Von René Lenzin

In zehn bis 15 Jahren werden die zwei ältesten der fünf Schweizer Atomkraftwerke (AKW) ihren Dienst getan haben. Etwa gleichzeitig laufen die langfristigen Elektrizitätslieferverträge mit Frankreich aus. Deshalb geistert seit einiger Zeit das Wort der Stromlücke durch die helvetische Politik. Will heissen: Um 2020 ist die Stromversorgung im Lande nicht mehr gewährleistet. Die Diagnose als Erste gestellt hat die Elektrizitätswirtschaft. Und gleich auch noch die Therapie mitgeliefert: Die Schweiz braucht neue Atomkraftwerke. Kurzfristig soll sie die Lücke mit Gaskraftwerken schliessen.

Kürzlich hat sich auch der Bundesrat mit energiepolitischen Szenarien beschäftigt. Er setzt auf die vier Säulen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Grosskraftwerke und Energieaussenpolitik. Besonders wichtig sei der erste Punkt, sagte der zuständige Energieminister Moritz Leuenberger. Mit welchen konkreten Massnahmen Strom gespart werden soll, liess die Regierung allerdings

noch offen. Die bisherigen Stromsparprogramme haben den Verbrauch noch nicht entscheidend drosseln können (siehe Kasten). Im Grundsatz entschieden hat der Bundesrat ausserdem, dass er neue Atomkraftwerke als notwendig für eine sichere Stromversorgung erachtet.

Dieser Entscheid hat heftige Kritik von Sozialdemokraten, Grünen und Umweltverbänden hervorgerufen. Sie wollen sich mit allen Mitteln gegen neue AKWs wehren. Sie sind überzeugt, dass die Energiezukunft mit einem Mix aus Stromsparen und erneuerbaren Energien zu sichern ist. Kurzfristig setzen sie insbesondere auf die Windenergie, längerfristig auf Geothermie, Biomasse und Solartechnik. Applaus hat der Bundesrat hingegen von bürgerlicher Seite erhalten. Vor allem die Freisinnigen und die Schweizerische Volkspartei wollen möglichst schnell ein neues Atomkraftwerk realisieren. Etwas zurückhaltender geben sich die Christlichdemokraten, aber auch sie wollen die Option Kernkraft offen halten.

Und das Volk? Es sendet widersprüchliche Signale zur Atomkraft. 2003 hat es sowohl eine Ausstiegs- als auch eine Moratoriumsinitiative abgelehnt. In Umfragen zeigt sich aber regelmässig eine Mehrheit skeptisch gegenüber neuen Kernkraftwerken. Klarheit wird wohl erst herrschen, wenn ein konkretes Projekt für ein neues AKW vorliegt. Stimmt ihm die Politik zu, muss das Volk entscheiden. Denn im neuen Kernenergiegesetz ist seine Mitsprache verankert.

Überlagert wird die Energie- von der Klimadebatte. Das zeigt sich insbesondere beim Thema Gaskraftwerke. Solche Anlagen wären schnell realisierbar und daher in allen Szenarien für die Überbrückung kurzfristiger Engpässe geeignet. Aber mit ihrem hohen CO₂-Ausstoss sind sie eine Belastung für die Umwelt. Daher kommen sie für die Mehrheit der Politiker nur in Frage, wenn die gleiche Menge CO₂ durch andere Massnahmen vermieden werden kann.

Kernthema: Atomenergie

Im eidgenössischen Wahljahr 2007 ist die Atomenergie ein Kernthema. Im März hatte der Bundesrat fast über Nacht den Ausbau der Atomenergie von einer «Option» zu einer «Notwendigkeit» erhoben. In unserem Land liefern fünf Atommeiler an vier Standorten 42 Prozent der heimischen Stromproduktion.

Nach dem Streit um das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst 1988 und dem Ja des Volkes zu einem zehnjährigen Baumoratorium 1990 hatte sich die Kontroverse etwas beruhigt. Die Volksinitiativen «Strom ohne Atom» für den Atomausstieg und «Moratorium Plus» für ein verlängertes Bauverbot wurden 2003 klar verworfen.

In den neuen Energieperspektiven des Bundesrates bilden Grosskraftwerke einen wichtigen Pfeiler. Gaskraftwerke haben in der heutigen Klimapolitik keine Chance. Dafür wird der Klimafaktor zu Gunsten der Atomkraft betont. Aber auch diese Energieform hat schwer wiegende Nachteile: Ein neues Atomkraftwerk kostet fünf bis sechs Milliarden Franken. Die Finanzierung solcher Anlagen ist das Hauptproblem der Branche. Von der Planung bis zur Inbetriebnahme eines neuen Werkes vergehen 16 bis 18 Jahre. Zudem haben in der Schweizer Demokratie die Stimmbürger das letzte Wort für neue nukleare Anlagen.

Schweizer Atomkraftwerke haben eine hohe betriebliche Sicherheit. Doch der Zwischenfall im modernsten schwedischen Atomkraftwerk Forsmark vom Sommer 2006 zeigte erneut die Gefahren der Kernenergie: Gemäss dem früheren Forsmark-Chef war dieser Störfall «das Gefährlichste, was wir seit Tschernobyl erlebt haben».

Die Achillesferse der Atomenergie ist und bleibt die Entsorgung hoch radioaktiver Abfälle. Ohne den Nachweis der sicheren Entsorgung darf der Bundesrat kein neues Atomkraftwerk bewilligen. Und auch hier hat das Volk das letzte Wort. Vielleicht ist die Entsorgung hochradioaktiver Abfälle in der Schweiz technisch machbar, wie der Bundesrat meint. Doch es bleibt die grundlegende ethische Frage: Wer übernimmt die Verantwortung für die sichere Endlagerung für zehntausend, ja hunderttausend Jahre?

ROLF RIBI

DIE SCHWEIZ BRAUCHT IMMER MEHR STROM

■ Zwischen 2000 und 2006 hat der Stromverbrauch um über zehn Prozent zugenommen. Und dies trotz einem Energiesparprogramm des Bundes.

Der Konsum nahm sogar in Jahren zu, in denen die Schweiz ein negatives Wirtschaftswachstum (2003) oder aufgrund eines milden Winters wenig Heiztage (2006) aufwies.

RL

Jahr	Stromverbrauch	Zunahme
2000	52,3 Mrd. KWh	2,3 %
2001	53,7 Mrd. KWh	2,6 %
2002	54,0 Mrd. KWh	0,5 %
2003	55,1 Mrd. KWh	2,0 %
2004	56,2 Mrd. KWh	1,9 %
2005	57,3 Mrd. KWh	2,1 %
2006	57,8 Mrd. KWh	0,8 %

QUELLE: BUNDESAMT FÜR ENERGIE